

 VETO-POLITIK

Solange Viktor Orbán in Ungarn regiert, wird die Ukraine kein EU-Mitglied – und Polen wackelt ebenso

Die geopolitische Situation für die Ukraine verschlechtert sich. Die Zeit spielt Putin in die Hände. Ein Gastbeitrag.



Klaus Bachmann

02.11.2025

🔄 02.11.2025, 14:59 Uhr



Auf diesem Bild, das vom Pressebüro des ungarischen Premierministers herausgegeben wurde, begrüßt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj (r.) den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán.
Zoltan Fischer/dpa

Die Würfel sind gefallen, die Masken auch, aber keiner hat es gemerkt. In der allgemeinen Aufregung über Donald Trumps ständige Kursänderungen sind ein paar fundamentale Dinge völlig untergegangen. Erstens: Wie dieser Krieg ausgeht, ist weitgehend klar. Gekämpft wird nur noch um eine gute Ausgangsposition für Verhandlungen. Zweitens: Verhandelt wird nicht mehr mit, sondern über die Ukraine. Und drittens: Zu gewinnen gibt es für die Ukraine dabei nichts mehr. Für Russland auch nicht, aber es hat ja schon fast alles gewonnen.

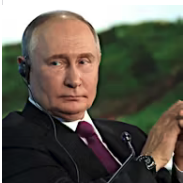
Das klingt apodiktischer als es ist. Aber das liegt nur daran, dass über bestimmte Dinge gar nicht mehr verhandelt und nicht einmal mehr geredet wird: über eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine, über eine EU-Mitgliedschaft, über westliche Truppen in der Ukraine.

Selbst eventuelle Taurus- oder Tomahawk-Lieferungen sollen ja nicht dafür sorgen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt oder Russland ihn verliert, sondern nur Russland dazu zwingen, seine Bomberflotte in größerer Entfernung von der ukrainischen Grenze zu stationieren. Dadurch werden die Vorwarnzeiten für ukrainische Städte und Energieanlagen länger und vielleicht auch die Zerstörungen geringer. Über den Frontverlauf entscheidet das nicht.

Wie dieser Krieg ausgeht

Deshalb sollen auch Trumps Sanktionen gegen den russischen Energiesektor nicht den Krieg zugunsten der Ukraine entscheiden, sondern lediglich Putin an den Verhandlungstisch und vielleicht auch zu einigen Zugeständnissen zwingen, dank derer dann Selenskyj das Gesicht wahren und einem Waffenstillstand zustimmen kann. Da laut Trump auf der Basis des derzeitigen Frontverlaufs verhandelt werden soll, heißt das: Es geht nur darum, ob Russland auch noch die nicht besetzten Teile der Gebiete bekommt, die es schon annektiert hat. Von einer Aufgabe des Donbass oder der Krim durch Russland ist nicht mehr die Rede. Und genau deshalb wird das, was bestenfalls bei Trumps „Friedensinitiative“ herauskommt, ein Waffenstillstand sein. Das liegt aber nicht an Trump, sondern an ukrainischem und russischem Verfassungsrecht und am Völkerrecht.

Für einen territorialen Kompromiss müssen beide, Ukraine und Russland, nämlich ihre Verfassung ändern. Kein Präsident, weder Putin noch Selenskyj, darf „nationales Territorium“ aufgeben. So steht es in [Artikel 2 und 157](#) der ukrainischen Verfassung. Zusätzlich hat Selenskyj zu Kriegsbeginn bereits versprochen, jede Friedensregelung einem Referendum zu unterziehen, und sich damit gewissermaßen selbst an die Kandare gelegt. Territoriale Veränderungen müssen nach [Artikel 73](#) der derzeitigen Verfassung ohnehin per Referendum abgesegnet werden. Ein Verzicht auf den Donbass, Cherson, Saporischschja und die Krim würde ein Impeachment und einen Prozess wegen Hochverrats nach sich ziehen. Die Alternative ist extrem aufwendig und unsicher: eine Verfassungsänderung mit Zweidrittelmehrheit im Parlament und nach einem Referendum, in der dann das „nationale Territorium“ neu definiert oder die oben genannten Artikel entfernt würden.



Mit den Augen des Gegners: Die Logik der russischen Kriegsstrategie

Politik 01.11.2025



Aserbaidschans „Pivot to Asia“: Werden die C5- „Stans“ bald zu den C6?

Da hat es Putin leichter. 2020 hat er zwar eine Verfassungsänderung durchgesetzt, die territoriale Veränderungen zu Ungunsten der „staatlichen Einheit“ Russlands verbietet, aber da in Russland bekanntermaßen Wahlen und Referenden manipuliert werden, wäre es sicher möglich, eine entsprechende Zweidrittelmehrheit in der Duma, im Föderationsrat und bei einem Referendum zu organisieren. Letzteres ist eigentlich nicht notwendig, wurde 2020 aber dennoch als eine Art Volksbefragung durchgeführt. In der Ukraine geht's so einfach nicht. Dort hat zwar auch der Präsident das Initiativrecht, kontrolliert aber weder die Wahlbehörde noch die Stimmenausszählung. Hinzu kommt, dass eine Abhaltung schon aufgrund der Millionen Ukrainer, die ins Ausland geflohen sind, und der vielen Binnenflüchtlinge extrem schwierig ist.

Paradoxerweise wirkt sich das bei Verhandlungen aber zugunsten der Ukraine aus. Sie kann – auch für Russland glaubhaft – zeigen, dass sie den juristischen Status quo (nach dem die annektierten Gebiete zur Ukraine gehören) viel schwieriger verändern kann als Russland. Russland kann den faktischen Status quo dagegen leichter zu seinen Gunsten verändern. Das wiederum führt dazu, dass es seine Annexionen zwar militärisch halten, aber ihre Anerkennung weder nach ukrainischem Recht noch nach Völkerrecht durchsetzen kann.

Natürlich kann Trump sie für die USA anerkennen. Er hat ja schon einmal in Bezug auf die Krim damit gedroht. Aber das verändert den rechtlichen Status dieser Gebiete nicht einmal nach amerikanischem Recht, geschweige denn nach Völkerrecht, das Annexionen grundsätzlich nicht anerkennt und Besatzungen nur zeitweise und unter sehr engen Bedingungen zulässt. Israel kann ein Lied davon singen. Das wiederum heißt: Egal was Trump und Putin da anerkennen wollen, es hat nur faktischen, aber keinen juristischen Wert und wird am Status der Gebiete nichts ändern. Wie Süd-Ossetien, Abchasien, die Westsahara, Transnistrien, Nordzypern und Somaliland werden sie keine eigene Uno-Vertretung, keine eigenen diplomatischen Vertretungen haben, aber auch nicht als vollwertige Teile des Landes anerkannt, das sie besetzt beziehungsweise annektiert hat.

Ein Pass aus solchen Gebieten hat so gut wie keinen Wert, kein Land, das sich ans Völkerrecht hält, darf da ein Visum hineinstempeln. Ausländische Betriebe dürfen dort nicht investieren, der Handel mit solchen Gebieten wird sanktioniert, Tourismus gibt es nur für Abenteurer, weil solche Gebiete fast nie direkt aus dem Ausland angefliegen werden können und nur über ihre jeweilige Besatzungsmacht erreichbar sind. Kann also sein, dass Trump und Putin den jetzigen Frontverlauf zur Waffenstillstandslinie erklären und die ukrainische Regierung das stillschweigend und provisorisch akzeptiert, aber mehr als eine Waffenstillstandslinie wird das nicht sein.

Das ist dann keine international anerkannte Grenze, keine Grenze, die aus einem Friedensvertrag hervorgeht, denn einen solchen dürfte Selenskyj erst nach einer

Verfassungsänderung unterschreiben. Vielleicht wird das eine Lösung wie in Korea oder in Nachkriegsdeutschland: Die Ukraine erkennt sie zwar nicht an, aber verzichtet darauf, sie gewaltsam zu verändern. Nur: Beide Waffenstillstände wurden von den Supermächten garantiert und mit eigenen Truppen überwacht. Davon ist in der Ukraine nicht die Rede, denn der Aggressor ist ja eine der Supermächte. Mit anderen Worten: Russland behält die annektierten Gebiete so lange, wie es sie verteidigen kann. Das ist jetzt auch so. Dafür braucht man eigentlich keinen Vertrag, er ergibt sich aus den Kräfteverhältnissen.

Was mit der Ukraine nicht passieren wird

Damit ist auch klar: Verhandelt wird über die Ukraine, aber nicht mit ihr. Unter Trump wird – anders als unter Biden – nicht einmal der Anschein erweckt, als habe Selenskyj dabei mitzureden. Trump redet mit Putin und Selenskyj getrennt, Selenskyj attackiert, kritisiert und mobbt er, mit Putin versucht er zu verhandeln. Interessant ist dabei, worüber praktisch nicht mehr verhandelt wird: über glaubhafte Sicherheitsgarantien für die Ukraine.

Amerikanische Truppen haben Mitglieder der US-Regierung schon mehrfach ausgeschlossen; die angeblichen Sicherheitsgarantien, die sich aus dem Deal über Seltene Erden ergeben sollten, sind eine Chimäre. Die russische Armee hat schon mehrfach amerikanische Investitionen in der Ukraine bombardiert, ohne dass das eine Reaktion der USA ausgelöst hätte. Und größere amerikanische Investitionen in ukrainische Minen wird es ohnehin erst nach Jahren geben.

Auch die Nato-Mitgliedschaft ist vom Tisch, sie würde nun wohl von den USA selbst blockiert. Und um eine bi- oder multilateral aufgestellte Friedenstruppe ist es sogar zwischen Paris und London still geworden. Sie würde ohnehin ein Mandat des UN-Sicherheitsrats benötigen, wenn sich beispielsweise die Bundeswehr daran beteiligen sollte. Das aber heißt, dass Russland als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und Vetomacht jederzeit ein solches Mandat manipulieren beziehungsweise seine Verlängerung blockieren könnte. Plant Moskau einen Angriff auf die Ukraine, genügt ein vorgeschobenes Veto im Sicherheitsrat gegen eine Mandatsverlängerung, und die ausländischen Truppen müssen aus der Ukraine abziehen.

Ausländische Truppen dort zu stationieren, ist völkerrechtlich als kollektive Selbstverteidigung zulässig, trifft aber auf hohe verfassungsrechtliche Hürden in den betreffenden Staaten. In Frankreich hat Macron keine eigene Parlamentsmehrheit mehr, während eine von Nigel Farage angeführte britische Regierung genauso wenig bereit wäre, Truppen in die Ukraine zu schicken, wie ein Präsident des französischen Rassemblement National. Die polnische Regierung hat die Stationierung ihrer Soldaten in der Ukraine bereits mehrfach von sich gewiesen. Dazu braucht es nach der Verfassung die Zustimmung von Regierung und Präsident, und die sind sich spinnefeind und liefern sich gerade einen Wettstreit darüber, wer sich schneller und deutlicher von der Ukraine distanziert.

Streit darüber, ob es sich bei einer solchen Mission um einen Kampfeinsatz oder nur einen „Aufenthalt“ polnischer Truppen im Ausland handelt (für den die Regierung keine Zustimmung des Präsidenten braucht), könnte das Verfassungsgericht schlichten, aber dieses ist noch fest in der Hand der Opposition und des Präsidenten und wird von der Regierung nicht anerkannt. Fremde Truppen an seiner Westgrenze muss Russland also nicht fürchten – die sind schon durch die innenpolitischen Stricke, in denen sich die wichtigsten potenziellen Truppenlieferanten Europas verfangen haben, sehr unwahrscheinlich geworden.

Und was ist mit Nato und EU?

Das Gleiche gilt für zwei andere Themen, die noch vor einem Jahr heiß diskutiert wurden: eine Nato-Mitgliedschaft, die momentan wohl schon von Trump blockiert würde, und eine EU-Mitgliedschaft, gegen die es nur noch wenig russischen Widerstand gibt. Inzwischen gibt es in Brüssel zwar Pläne, das ungarische (und womöglich auch slowakische) Veto bei den Beitrittsverhandlungen durch eine Art Paketlösung zu umgehen. António Costa, der Präsident des Europäischen Rats, hat das Ende September vorgeschlagen, die Kommission war dafür, aber geschehen ist dann nichts.

Statt sich in Brüssel umstimmen, kritisieren oder überstimmen zu lassen, blieb Viktor Orbán in Ungarn, machte Wahlkampf und wettete dabei gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine. Die höchste Hürde im Beitrittsprozess, die Ungarns Veto über die Erweiterung darstellt, würde Costas Vorschlag ohnehin nicht abräumen. Ohne Ratifizierung durch das ungarische Parlament kann eine EU-Erweiterung nicht einmal dann in Kraft treten, wenn die EU vorher Ungarn seiner Stimme im Rat beraubt hat.

Dazu braucht man Einstimmigkeit (wobei der betreffende Staat kein Vetorecht hat), die es bisher für eine solche Entscheidung noch nie gab. Ergo: Aus einem EU-Beitritt der Ukraine wird in absehbarer Zeit wohl nichts, solange Orbán in Ungarn regiert. Es ist sogar wahrscheinlich, dass sich nicht nur eine ungarische oder slowakische Regierung dabei querstellt, sondern eine polnische. Polnische Bauern sind gut organisiert und renitent und fürchten die Konkurrenz durch große ukrainische Höfe, die niedrigere Kosten haben. Und jede polnische Regierung hat ihnen bisher nachgegeben, allen Bekenntnissen zur Solidarität mit der Ukraine zum Trotz. Von der 2022 noch überbordenden Ukraine-Begeisterung der polnischen Bevölkerung ist auch wenig übrig: Eine relative Mehrheit der Befragten ist inzwischen gegen einen EU-Beitritt der Ukraine.

Was mit der Ukraine passieren wird

Aus all dem ergibt sich ein Szenario, nach dem die einzigen Truppen, c in der Ukraine deren Unabhängigkeit verteidigen, ukrainische Truppen sein werden. Ausgebildet und ausgerüstet von westlichen Truppen, finanziert durch Transfers und Kredite der EU,

mancher Mitgliedstaaten und der Regierungen, die sich am Ramstein-Format beteiligen. Kommt genug Geld zusammen, hält das Ganze. Bröckelt die Unterstützung, etwa weil in Frankreich oder Großbritannien die Falschen an die Macht kommen, sinkt die Hrywna in den Keller, die ukrainische Regierung muss ihren Krieg mit dem Gelddrucker finanzieren, und es strömen noch mehr Ukrainer als bisher gen Westen, um dort zu arbeiten.

Allerdings ist diese Hilfe keine reine Einbahnstraße: Kein Land hat so viel Erfahrung im Drohnenkrieg wie die Ukraine, und viele westliche Joint Ventures forschen, experimentieren und produzieren bereits jetzt mit der ukrainischen Rüstungsindustrie. Das ist auch eine gewisse Garantie dafür, dass sich der Krieg nicht nach Westen ausweitet, sondern weiterhin auf die Ukraine begrenzt bleibt. Die Front ist zu einer drohnenbewehrten, undurchdringlichen und zehn Kilometer breiten Todeszone geworden, die keine Seite schnell und einfach verschieben kann, weder mit Panzern noch mit Artillerie. Zurzeit rückt Russland ganz langsam vor, erleidet dabei aber horrenden Verluste. Die Ukraine kann die Front halten, aber an Rückeroberungen ist nicht zu denken. Es wird jetzt nicht mehr gekämpft um Sieg oder Niederlage, sondern nur noch darum, Russland an einen Verhandlungstisch zu bringen, an dem das alles, so traurig es ist, aufgeschrieben und unterzeichnet werden kann.

Die Moral der Geschichte lässt sich am besten mit einem alten Zitat aus der polnischen Pop-Musik zusammenfassen: Alle sind sich einig, dass es so bleibt, wie es ist. Die Menschen, die jetzt noch auf beiden Seiten der Front sterben, tun das nicht mehr, damit ihr Land siegt oder nicht untergeht, sondern um die Ausgangslage für Verhandlungen ein wenig zu verbessern und damit es überhaupt zu Verhandlungen und einem brüchigen, instabilen Waffenstillstand kommen kann.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.